

Der Lübecker Volksbote erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonntagen und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus halbjährlich 60 Mark, Einzelverkaufspreis 5 Mark. Redaktion: Johannisstraße 46, Fernruf 906.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtzehnstündige Peltzelle oder deren Raum 16 Mark, für Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 15 Mark, für Reklamen 50 Mark. Beilagengebühr für 1000 Stück 250 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstraße 46, Fernruf 926.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 248.

Montag, 23. Oktober 1922.

29. Jahrgang.

1000 Papiermark = 1 Goldmark.

Das Barometer steht auf Sturm. Gestern erzielte der Dollar einen Kurs von 4420 Mk., während er vor dem Krieg 4,20 Mk. galt. Die Mark ist also auf weniger als ein Tausendstel gesunken. Der Tausendmarkschein, den man heute erhält, gilt heute im Ausland weniger als das silberne Markstück vor früher.

Und noch ist in der Bewegung kein Ende zu sehen. Gestern Abend wurde im Freiverkehr innerhalb der Banken für den Dollar ein Preis von 6000 Mk. und darüber genannt. Diese gewaltige Verteuerung der fremden Devisen vollzieht sich in einer Zeit, wo wir an die Entente so gut wie gar keine Barzahlungen zu leisten haben, wo die Sachleistungen nur zu erst noch einem verschwindenden Bruchteil im Gange sind und wo von dem deutschen Devisenmarkt durch die Notverordnung der Reichsregierung gegen die Devisenspekulation ein erheblicher Teil der berufsmäßigen Treiber vom Markte bereits ausgeschaltet ist.

Die Kapitalistenverbände triumphieren. Also haben sie doch recht behalten, als sie mit ihren geharnischten Potesten gegen jeden Eingriff in die Jagd nach dem Dollar Einspruch erhoben? — Sie hätten recht, wenn die Notverordnung wirklich die Gesamtheit der Fragen, die der katastrophale Sturz der Mark ausgelöst hat, auch nur annähernd gestreift hätte. Das ist aber nicht der Fall. Die Verordnung war, wie schon der Name sagt, nur eine Notmaßnahme zur Verhinderung des schlimmsten Valutataumels, ein gesetzgeberischer Akt zur Abdrängung der unberufenen Elemente am Markte der fremden Zahlungsmittel. Aber sie war Stückwerk und muß es bleiben, wenn man nicht unverzüglich und energisch weitergehende Maßnahmen trifft. Gerade die Proteste derjenigen Kreise, die sich so gern deutsch nennen, und die mit ihrem Streben nach dem Dollar und mit ihrer Abkehr von der Mark die deutsche Währung in den Abgrund gestoßen haben, zeigen eindringlich, daß der Weg, den die Regierung mit der Verordnung beschritten hat, der richtige war, daß sie aber offenbar noch nicht weit genug gegangen ist, um wirksam der Markkatastrophe entgegenzutreten.

Aber man gebe sich keiner Täuschung darüber hin: die Lage ist verzweifelt ernst. Noch vor einem Jahre konnte man glauben, daß eine Verschlechterung der Mark wenigstens den Export anregt und so die Beschäftigung der Industrie sichert. Heute ist dieser Glaube geschwunden. Im Gegenteil: die steigenden Preise der Rohstoffe bedingen ein Betriebskapital von einer Höhe, das viele industrielle Unternehmungen aufzubringen einfach nicht mehr in der Lage sind. Und so droht zu dem Elend der Teuerung noch die Gefahr der Arbeitslosigkeit. Alle diese Erscheinungen treffen zusammen in einer Zeit, wo ohnehin die Aufträge der Industrie auf vielen Gebieten bereits einen bedenklichen Rückgang aufweisen. Und das ist kein Wunder. Denn im Inland erhöht sich die Kaufkraft der breiten Massen nicht mit den steigenden Preisen. Das Ausland aber wehrt sich gegen die deutsche Einfuhr mit Schutzollschranken, und in denjenigen Ländern, wo das nicht der Fall ist, vermögen die auf Goldbasis gestellten Preise der deutschen Industrie mit ihren ungünstigen Lieferungsbedingungen nicht mehr den gleichen Anreiz auszuüben wie früher.

Andererseits zeigen die Nachrichten aus Paris, daß die Entente nicht mehr gesonnen ist, tatenlos zuzusehen, wie die Zahlungskraft Deutschlands durch die Währungszerüttung auf den Nullpunkt herabsinkt. Eine strenge, für das Volk unerträgliche Finanzkontrolle steht bevor, wenn nicht das deutsche Volk aus eigenem Antriebe den Schwund der Mark bekämpft. Schreiten wir nicht selbst zur Stabilisierung der Währung, so droht diese uns von außen her. Aber während wir es in der Hand haben, eine gesunde Währungspolitik zu treiben, die die Gefahr einer Krise, ähnlich derjenigen in der Tschechoslowakei, vermindert, wird die Entente keinerlei Rücksicht auf die Produktionskraft nehmen. Soviel kann wenigstens als sicher gelten, nachdem schon die bisherige Reparationsschuld jede Einstellung auf die Interessen Deutschlands als Schuldnerland, an dessen Zahlungskraft der Gläubiger interessiert ist, hat vermissen lassen.

So wie bisher geht es nicht weiter. Bisher wurde die ganze Last der Reparationen durch die Geldentwertung auf die breiten Massen abgewälzt. Der Großverkehr der Wirtschaft, Handel und Industrie retteten sich in die Auslandswährung. Und diese Tendenz wird begünstigt durch die weitere Entwertung der Mark im Ausland, wie sie jetzt wieder ohne ausreichenden Grund eingeleitet hat, nur weil das Ausland auf die politischen Vorgänge mit einem wachsenden Mißtrauen gegen die Mark antwortete. Ein Dollarkurs von 4400 bedeutet, daß die Preise noch auf das dreifache bis vierfache ihres heutigen Standes heraufgehen müssen, und daß ihrer weiteren Steigerung kein Ziel gesetzt ist, so lange die Treiberei gegen die Mark nicht wirksam unterbunden ist.

Darum bedarf es unbedingt weiterer Maßnahmen zur Stützung der Währung. Die Herausgabe von Goldschätzungen, die einen Teil der Interessenten vom Devisenmarkt ablenken soll, hat die Regierung beschossen. Inzwischen hat aber der Kampf der Industrie und des Handels gegen die

Devisenverordnung Formen angenommen, die ihresgleichen nur im Kampf der Rechtsbolschewisten gegen das Wiesbadener Abkommen finden. Der Zweck des Kampfes ist durchsichtig. Dieselben Kreise, die seit zwei Jahren an Maßnahmen zur Besserung der Mark beraten, aber jeden positiven Vorschlag abgelehnt haben, um sich jetzt darüber zu beschweren, man habe auf ihren Rat nicht gehört — diese selben Führer der Industrie und des Handels haben ein begreifliches Interesse daran, die Notverordnung zu unterminieren, um damit auch einer künftigen gesetzlichen Regelung von vornherein die Gitzähne auszugleichen. Demgegenüber ist festzustellen, daß die Sozialdemokratie unter keinen Umständen eine Milderung der gegen die Devisenspekulation getroffenen Maßnahmen zulassen kann. Eher wird ihre Verschärfung in Betracht zu ziehen sein. Zum mindesten muß die Regierung aus dem Beschlag nahme solcher Devisen erhalten, die vor Erlaß einer gesetzlichen Regelung gehamstert worden sind.

Daß diese und alle ferneren Maßnahmen gegen die Interessenten durchgeführt werden müssen, die ihrerseits ja bereits die Mark zum Zahlungsmittel der Dummen herabgewürdigt haben, liegt auf der Hand. Die Regierung wird die Wahl haben, ob sie das Wohl des Volkes dem Wohl der wenigen Nutznießer aus dem Währungselend opfern will. Will sie das, so wird sie es ohne die Vertreter der arbeitenden Massen tun müssen.

Aber die negativen Maßnahmen, die Unterbindung der spekulativen Treibereien am Devisenmarkt haben nur dann einen Sinn, wenn ihnen auch positive Maßnahmen folgen. Eine großzügige Stützungsaktion für die Mark, zu der vorläufig mit Hilfe des Reichsbankgoldes erhebliche Devisenbestände bereitgestellt sind, muß eingeleitet werden. Findet sich die Reichsbank dazu nicht bereit, so soll sie sich durch den Vorschlag Barthous in der Reparationskommission dahin befehlen lassen, daß ihr die Gefahr droht, einmal unter der Kontrolle der Entente Währungspolitik zu treiben. Dem vorzubeugen hat das Volk ein Interesse, und es wäre unverstänglich, wenn es auf seine letzte Reserve nicht im Falle der größten Not zurückgreifen sollte.

Jedenfalls sind entschiedene währungspolitische Maßnahmen jetzt unvermeidlich. Und es ist ebenso notwendig, daß ihnen eine gesunde Finanzpolitik zur Seite tritt. Der Ertrag der Zwangsanleihe, die auf eine Milliarde Gold veranschlagt worden war, ist infolge der unverständlichen Zugeständnisse an das Kapital jetzt glücklich auf 70 Goldmillionen zusammengeschrumpft. Die Großverdiener zahlen durchweg ihre Steuern nachträglich in entwertetem Geld, während dem Proletariat die Steuern mit dem Lohn oder — bei indirekten Steuern — im Warenpreise sofort abgezogen wird. Das Reich gleitet so immer tiefer in das Finanzelend hinein — und die Notensprende deckt das Defizit mit der Schwächung der Kaufkraft der breiten Massen. Das ist unerträglich.

Es ist die zölfte Stunde. Findet sich jetzt nicht die Regierung zu entscheidenden Taten bereit, läßt sie sich jetzt befangen machen von denen, die ihren Besitz in Dollar angelegt haben und die Papiermark dem Ruin preisgeben wollen, so verdient sie den Namen einer Volksregierung nicht mehr und sie wird offen die Unterstützung bei dem suchen müssen, deren volksfeindlichen Interessen sie mit einem Gehenslassen der Dinge Vorschub leistet.

Die Mordpläne gegen Wirth.

Gefährdung der Untersuchung?

SPD. Die Untersuchung der Mordplanaffäre gegen den Reichskanzler ist leider durch die Sensationsgier einzelner Blätter äußerst gefährdet. Statt Stillschweigen über das zu wahren, was indistrete Alleswisser ausplauderten, wird auch nur das Gerüchte mitgeteilt. Aber hiermit nicht genug, auch über die Pläne der Polizei über bevorstehende Verhaftungen u. dergl. weiß man die Öffentlichkeit zu unterrichten. Wozu das alles? Würde sich ausschließlich die Rechtspresse an diesem Anflug beteiligen, dann kann man Verständnis dafür haben; denn Rechtspresse und deutschvölkische Mordorganisationen ist fast das Gleiche, und beide haben ein Interesse an der Gefährdung der Untersuchung.

Leider aber muß auch gesagt werden, daß ohne Indiskretionen von Amtspersonen eine Gefährdung der Untersuchung nicht hätte eintreten können. Warum wird die Untersuchung nicht ausschließlich von solchen Personen geführt, die zum mindesten republikanisch zuverlässig sind, und warum beschränkt man den Kreis der Leute, die sich mit den Mordakten fanatischerer Jünglinge beschäftigen muß, nicht auf das Maß des Notwendigen? Will man die Untersuchung positiv zu Ende führen, dann muß man letzten Endes alle diejenigen von der Untersuchung fernhalten, die nicht mit Leib und Seele im Interesse der Republik bei der Sache sind und die vertraulich zu behandelnde Dinge in angelegener Grobkuerei erzählen.

Die englische Krise.

Lloyd George eröffnet den Kampf. — Neuwahlen im November.

Londoner Telegramme melden: Die Reise Lloyd Georges nach Leeds glich einem Triumphzuge. Überall, wo der Zug anhielt, wurde Lloyd George von Menschenmengen umringt, die ihm jubelten. Auf dem Bahnhofe in Leeds erklärte der Premierminister in einer Ansprache, die Hingänge der konservativen Partei hätten ihm den Fehdehandschuh hingeworfen; er beabsichtige, den Kampf zu führen für die Interessen des Landes, im Gegensatz zu den Interessen der politischen Parteien. Er forderte die Wähler auf, ihn zu unterstützen.

Lloyd George sandte an den Premierminister der vorläufigen Regierung, Cosgrave, ein Telegramm, in dem er ihm die Versicherung giebt, daß er nichts unternehmen werde, was den im letzten Jahre zwischen Großbritannien und Irland abgeschlossenen Vertrag, der hoffentlich zum vorgerückten Datum seine gesetzliche Befristung erhalten werde, zerreißt. — Cosgrave antwortete in einem Telegramm, in dem es heißt: Wir teilen die Überzeugung und die Hoffnung, daß der Vertrag die Früchte zeitige, die die Unterzeichner von ihm erwarten.

Wie weiter aus London berichtet wird, können mit ziemlicher Sicherheit sofortige Neuwahlen erwartet werden. Die internationalen Angelegenheiten machen es notwendig, daß die Regierung die unzweifelhafte Vollmacht der Wählerschaft besitze, die nur gesichert werden könne durch die Einberufung eines neuen Parlaments. Man erwartet die Auflösung des jetzigen Parlaments, nachdem Bonar Law in den nächsten Wochen sein Kabinett gebildet haben dürfte. Die Wahlen würden vielleicht am 19. November stattfinden.

Das Programm der neuen englischen Regierung.

II. Paris, 23. Oktober.

Aus London wird gemeldet: Nach dem „Evening Standard“ läßt sich das Programm der neuen englischen Regierung wie folgt zusammenfassen:

Geringere Teilnahme an den skandinavischen Angelegenheiten, Freundschaft und Bündnis mit Frankreich als Grundlage der kontinentalen Politik, weniger Unternehmungen in fernen Ländern, namentlich im Osten, Entwicklung der überseeischen Märkte vor allem in den Dominions und in den Kolonien, Rückkehr zur Ueberlieferung der Regierungsbildung und der Parteipolitik, Ersparnis in gewissen Ministerien, Wiederherstellung der parlamentarischen Kontrolle für die Ausgaben, Herabsetzung der Steuern, besonders der Biersteuer.

Die russischen Wahlen.

Moskau, 20. Oktober.

Die Wahlen für die Sowjets sind im allgemeinen beendet. Sie brachten, wie erwartet, ein Uebergewicht der Kommunisten. So wurden in Petersburg 141 Kommunisten und nur 10 Parteiloje gewählt. Gleiche Ergebnisse liegen aus dem europäischen Rußland und aus Sibirien vor.

Die vorstehende Meldung bestätigt erneut, daß die russischen Rätewahlen nichts weiter als eine Komödie sind. Angesichts des herrschenden Terrors und der Unterdrückung der elementarsten politischen Freiheiten kann von einer Wahl selbst nach den Grundzügen der Sowjetverfassung keine Rede sein. Deshalb hatte die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, die einzige ernst zu nehmende Oppositionspartei in der Arbeiterschaft, neuerdings die Parole der Nichtbeteiligung bei den Wahlen ausgegeben.

Schweres Eisenbahnunglück.

Bukarest, 23. Oktober. (Telunion.)

Infolge des Andranges der von den Krönungsfeierlichkeiten aus Bukarest zurückkehrenden Gäste mußten auf der Strecke Bukarest—Konstanza drei Schnellzüge abgelassen werden. Die Lokomotive des ersten Zuges versagte und der Zug war durch Signale nicht gestoppt. Nach wenigen Minuten brauste der zweite Zug heran und fuhr in den ersten hinein. Der Zusammenstoß war so heftig, daß vier Wagen des ersten Zuges zertrümmert wurden. Bisher wurden 30 Tote und gegen 25 Schwerverletzte geborgen. Unter den tödlich Verunglückten befindet sich eine Schwester des rumänischen Handelsministers. Der Reiseverkehr auf der Strecke Bukarest—Konstanza ist unterbrochen.

Die Angst vor dem 9. November.

SPD. Berlin, 21. Oktober.

Der Rechtsausschuß des Reichstages beriet am Sonnabend den sozialistischen Antrag, den 9. November zum gesetzlichen Feiertag zu machen. Gen. Dr. Rosenfeld begründete diesen Antrag unter Darlegung der Bedeutung des 9. November für das deutsche Volk und die deutsche Arbeiterkraft. Der Demokrat Haas lehnte für die Demokraten die Anerkennung des 9. November als Feiertag ab, indem er hervorhob, daß wir am 9. November nicht eine Revolution erlebt hätten, sondern nur den Zusammenbruch des alten Systems. Bei der Abstimmung lehnten alle anderen bürgerlichen Parteien den Antrag ab.

Reichstag.

261. Sitzung. Sonnabend, 21. Oktober, nachm. 2 Uhr.

Der Antrag der Deutschnationalen auf Aufhebung der Inkerationsteuer im Umlagesteuergesetz wird dem Steuerausichuss überwiesen.

Bei der Beratung des deutschnationalen Antrages auf Erhebung der Kohlensteuer von 40 auf 30 Prozent des Preises und Zurückverpflichtung des Kohlensteuerbeitrages für Hausbrand an Minderbemittelte bemerkte Abg. Böfeler (Soz.), man könne nicht behaupten, daß die Kohlensteuer der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie schade. Die Steuer habe lediglich die Gewinne, die sonst in die Taschen der Industriellen fließen, dem Reich zugeführt. Ueber den Steuerertrag für Hausbrandstoffe müsse man sich allerdings im Ausschuss eingehend unterhalten. — Der Antrag geht an den Steuerausichuss.

Der Antrag Lauscher (3.), in dem wirksame Abwehrmaßnahmen gegen die Ueberflutung und den Ausverkauf der Deutschen durch valutarstarke Ausländer verlangt werden und der besonders einen angemessenen Valutazuschlag zu den Eisenbahntarifen fordert, wird ohne Debatte einstimmig angenommen.

Der Antrag der bürgerlichen Mittelparteien, die Reichsregierung zu ersuchen, außerordentlich auf Antrag zu gewährende Beihilfen für Einrichtungen der Wohlfahrtspflege, insbesondere von gemeinnützigen Anstalten, baldigt gewähren zu wollen, geht an den Ausschuss für Sozialpolitik.

In zweiter und dritter Lesung wird sodann der von der Deutschen Volkspartei eingebrachte Entwurf eines Gesetzes, der für die Weine des Jahres 1922 die Zuckerschnitt bis zum 31. März 1923 verlangt, angenommen. — In der zweiten Lesung des Gesetzesentwurfs über die Erhöhung der Grenze des pflanzungsrechtlichen Lohnneinnehmens auf 100 000 Mk. ergibt sich bei der Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag, die Grenze auf 150 000 Mark heraufzusetzen, die Beschäftigungsfähigkeit des Hauses.

Präsident Löbe beruft eine neue Sitzung auf 5 Minuten später ein.

In dieser wird der Gesetzentwurf über die Erhöhung der Gebühren für Zeugen auf 100 Mk. und für Sachverständige auf 150 bis 200 Mk. in zweiter und dritter Lesung angenommen. — Debatte wird dann in allen drei Lesungen ein Antrag angenommen, die monatliche Entschädigung für die Reichstagsabgeordneten auf 35 000 Mk. zu erhöhen. Dazu kommt der allgemeine prozentuale Teuerungszuschlag, der zu den Beamteneinküften gezahlt wird und zurzeit 11 Proz. beträgt.

Es folgt dann die zweite Beratung der Vorlage über die

Änderung der Angekettetenversicherung.

Der Ausschuss hat, wie wir bereits berichteten, die Versicherungspflicht auf alle Angestellten mit ganz wenigen Ausnahmen ausgedehnt und den Tarif geändert.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns begründet die Ausdehnung der Versicherungspflicht mit der Entwertung der Mark und der Erhöhung der Gehälter. Die Regierung könne dem Gedanken zu, daß der Versicherungszwang allgemein durchzuführen werden muß, wünscht aber, daß der Zwang dort fällt, wo jemand selbst in der Lage ist, für sich und seine Angehörigen zu sorgen. Der Minister bittet darum, die Gehaltsgruppen wieder einzuführen und die lebenslängliche Ernennung der Direktoren der Versicherungsanstalt wieder herzustellen. Im übrigen schließt sich die Regierung dem Ausschussbericht an.

Genosse Siebel erklärt, daß wir an unserm alten Standpunkt auf Verharmelung der Angekettetenversicherung, der Invalidität und der Rentenerhöhung festhalten. Die Angekettetenversicherung sei mit ihrem großen Verwaltungsapparat auf die Dauer allein unmöglich. Auch sprächen soziale Bedenken dagegen, daß man den Angestellten auf allgemeine Kosten höhere Renten gewähre als den Handarbeitern. Die jetzige Novelle sei in der Tat nichts anderes als der erste Schritt zur Verarmungsaktion. Siebel begründet ferner den sozialdemokratischen Antrag, daß die Beiträge zu zwei Dritteln von den Unternehmern und nur zu einem Drittel von den Angestellten getragen werden sollen. Der Ausschussbericht geht dahin, daß die Beiträge zwischen Unternehmern und Arbeitern je zur Hälfte gestellt werden. Gegen diesen Vorschlag polemisieren auch die bürgerlichen Handlungsgehilfenführer Lam bach (DVP) und Ziel (DVP). Ihre Verteidigung einer besonders Invalidenversicherung war im Verhältnis zu früher mehr als schwach. Sie hatten gegen Siebels Meinung eigentlich nichts Einzuwenden. Nach dem Reden der Abgeordneten Grafen (DVP), Frau Tausch (Genit.) und Moldenhauer (DVP) wurde um 6 Uhr die Beratung abgebrochen.

Am Montag wird zu Beginn der Sitzung über die Rheinland-Interpellation verhandelt werden.

Das engbetzige Internationale Arbeitsamt.

Ablehnung der deutschen Sprache.

Der Geschäftsordnungs-ausschuss der Internationalen Arbeitskonferenz hat am 17. in Genf. Während der vorbereitenden Beratungen hatte Gen. Rouhaud-Franck den Antrag, neben Englisch und Französisch auch die deutsche Sprache als Amtssprache der Internationalen Arbeitskommission zuzulassen. Rouhaud begründete seinen Antrag damit, daß 6 Millionen von 25 Millionen organisierten Arbeitern deutsch als Muttersprache sprächen und 4 bis 6 Millionen sich außerdem der deutschen Sprache in ihren Beziehungen im internationalen Arbeitsamt bedienen. Schon aus reinen Zweckmäßigkeitsgründen sei es für den Ausbau der Arbeitskommission notwendig, die deutsche Muttersprache als Amtssprache neben Englisch und Französisch zu wählen.

Nach einer lebhaften Aussprache wurde trotz der entschiedenen Stellungnahme der deutschen Vertreter für diesen Antrag nur 14 gegen 12 Stimmen nur Englisch und Französisch als Amtssprache bestimmt. Die Ablehnung dieses berechtigten Wunsches wird bei der deutschen Arbeiterschaft kein Verständnis finden. Allen aus rein praktischen Erwägungen hätte man den Antrag, die deutsche Sprache zur Amtssprache ebenfalls zu erheben, annehmen müssen. Wenn das nicht geschehen ist, wenn man nicht praktischen Erwägungen eine berechtigte Forderung ablehnt, lediglich der formalen Gründe wegen, so zeigt das, wie wenig Demokratie und soziales Verständnis selbst im Geschäftsordnungs-ausschuss der Internationalen Arbeitskonferenz herrscht. In jedem Falle kann nur der Ablehnung des Antrages die Verantwortung für Deutschland nicht als erledigt gelten.

Wilhelm II. und der edle Gallier.

Beinahe eine Selbstentzündung.

In dem zuletzt veröffentlichten Kapitel seiner Lebenserinnerungen erzählt der ehemalige deutsche Kaiser jetzt ausführlich, wie er beinahe ein Held geworden wäre. Nicht viel hätte gefehlt, und er hätte die letzte, für ihn wieder bleibende Gelegenheit ergriffen, an der Spitze seiner Truppen zu stehen. Nur die höchst abemüdete Ermüdung, daß dabei auch andere palenden kommen konnten, hat ihn an der Ausführung dieses grandiosen Entschlusses verhindert.

Der zweite Juli, in dem Wilhelm II. beinahe als deutscher Heldentat in die Weltgeschichte eingegangen wäre, ereignete sich aber, als die Kaiserin keine Auslieferung verlangte. Gall hätte er sich damals selbst getötet.

Meine persönliche Opferbereitschaft hatte ich ja schon bewiesen, indem ich außer Landes ging und meinem und meiner Wäiter Thron entsagte, weil mir irrtümlich und täuschend versichert worden war, daß ich dadurch meinem Volke bessere Friedensbedingungen ermöglichen und den Bürgerkrieg ersparen würde. Ich hätte diesen neuen Versuch, meinem Volke zu helfen, auf mich genommen. . .

Wie im Falle des verhinderten Selbstmordes stellt sich auch hier das Aber ein. Wilhelm dachte an Mercinctorix, den edlen Gallier, der sich unter ähnlichen Umständen den kaiserlichen Römern gestellt hatte. Was hat es ihm genützt?

Nach dem Verhalten unserer Feinde während des Krieges und der Friedensverhandlungen war nicht anzunehmen, daß die Entente sich etwa großmütiger zeigen würde als Caesars, der den edlen Gallier in Ketten legen und später hinstellen ließ und dessen Volk doch nicht mit der Knechtschaft verschonte.

Dieser Mercinctorix war doch ein richtiger Held. Er hätte nach Neutralität übertritten und sich irgendeine tüchtige Hermione zur Frau nehmen lassen. Dann wäre er freilich nicht in die Heldengeschichte gekommen — aber ist denn das die Hauptsache?

Die neue Beamten-Bevollmächtigung.

SPD. Berlin, 21. Oktober. (Drahtber.)

Die Bevollmächtigungsvorlage wurde am Sonnabend im Hauptauschuss des Reichstages in der vom Unterausschuss vorgeschlagenen Form unverändert angenommen. Die Regierung erklärte, durch Kreistelegramme veranlassen zu wollen, daß sofort eine Abschlagszahlung an die Beamten erfolgen soll. Für die Arbeiter sollen Abschlagszahlungen ebenfalls angeordnet werden, sobald die Verhandlungen über die Höhe der Arbeitslöhne abgeschlossen sind. Ein Abschluß der Verhandlungen über die Arbeitslöhne ist in einigen Tagen zu erwarten. — Das Plenum des Reichstages wird sich mit der Bevollmächtigungsvorlage voraussichtlich am Montag befassen.

Einem Brieftelegramm zufolge lautet der Beschluß des Reichstagsauschusses dahin, daß die Grundmindergebälter 9700 Mk. in der 1. Gruppe betragen sollen, steigend bis 42 000 Mk. in der 13. Gruppe. Die Grundhöchstgebälter betragen in der 1. Gruppe 12 000 Mk., in der 13. Gruppe 62 000 Mk. Ferner wurden Ortszuschläge zu diesen Grundgebältern festgesetzt und beschlossen, daß vom 1. Oktober 1922 an zu dem Grundgehalt, den Diäten, dem Ortszuschlag und den Kinderzuschlägen 3 Prozent, vom 17. Oktober an 11 Prozent hinzutreten. Hierzu kommt ein Frauenzuschlag von 1000 Mk. für die im § 17 Abs. 2 des Bevoollmächtigungsgesetzes genannten Beamten.

Der Kampf um das Richteramt.

SPD. Der Reichsausschuss des Republikanischen Richterbundes schreibt uns:

Ein ungenannter bürgerlicher Richter veröffentlicht in einem bürgerlichen Blatt den Bericht des Sachlichen Richtervereins, den er nicht zum Republikanischen Richterbund abzuschließen. Danach stützt sich der Sachliche Richterverein besonders am Inkraft unseres Grundgesetzes vom Januar 1922, in dem es heißt: „Wir wollen ein unabhängiges Richteramt. . . Wir wollen ein unabhängiges Richteramt, das in die Tiefe und in den ganzen Reichtum des Staats, Volks- und Gesellschaftslebens verkehrend einbringt.“

Beachtenswert wird von dem Richterverein namentlich das Verlangen nach einem „politisch neu orientierten Richteramt“. Was aber bedeutet dieses Verlangen anderes als den Drang zum innerlichen Frieden des Rechtes und seiner Organe mit der Republik? Ein vor mehr als einem Jahrzehnt hat auch der Preussische Richterverein auf seinem Parteitag seinen Frieden mit der Republik geschlossen, indem er seine unerschütterliche Verfassung bestatigte. Wir freuen uns, daß der Republikanische Richterbund alle Ehre gemacht hat. Dieser war bei den Landesrichtervereinen und ihrem Selbstverband, dem Deutschen Richterbund, der Wille zur neuen Staatsverfassung lag. Dieser hatte das amtliche Wort des Deutschen Richterbundes, die Deutsche Richtervereinigung zum neuen Staat eine Haltung eingenommen, die im großen Ganzen nicht abweichend war, oft genug geradezu hoch, Spott und Verachtung selbst.

Im Reichstag haben jetzt ein alter demokratischer Beifall und es muß die Macht und die Gefahr der Reaktion in Preußen und im Reich zu unterstehen. Der Republikanische Richterbund steht vor dieser Gefahr auf republikanischer Wacht. Wir wenden uns gegenüber dem mangelhaft informierten bürgerlichen Richterverein, der sich durch seine gerechte Sprache gegen unsere hohen Ziele nicht ins Unrecht setzt, an die bessere Einsicht seiner Mitglieder.

Ein „Regierungsrat“.

SPD. Dresden, 21. Oktober. (Eig. Drahtber.) Der deutschnationale Regierungsrat Dr. Hänichen von der Antisemitischen Schwarzenburg wurde vom Landgericht Zwettau wegen Verleumdung des bürgerlichen Ministerpräsidenten Genossen und des bürgerlichen Landtages sowie wegen Verleumdung des bürgerlichen Kultusministers Fleischer zu insgesamt 180 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Hänichen hatte den bürgerlichen gemeinen Bemerkungen über die sozialistische Regierung verlesen, die zwei Jahre lang unbedeutend geblieben waren, dann aber von dem Antisemiten des bürgerlichen Regierungsrats erwidert und der Regierung zur Kenntnis gebracht wurden. Die Randbemerkungen lauteten: „Die Gesetzgeber sind verblödet oder bewußte Dummen“. Das ist verfassungswidrig und unzulässig.“ Es handelte sich um den Gesetzentwurf über die religiöse Erziehung der Kinder. — Das Gericht erkannte in der Urteilsbegründung an, daß es sich hier um schwere Verleumdungen der Regierungsmitglieder handelt. Strafmißbrauch würde die angebliche Unbescholtenheit des Verurteilten.

Freie Bahn den Wöllichen!

Der Antrag der bürgerlichen Parteien, durch neue Straßennennungen den Schutz der Verfassung und Aufhebung zu ermöglichen wurde am Sonnabend im Reichsausschuss beraten. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien ergingen sich in Angriffen gegen Verfassungsverstöße durch Inkongruente Personen. Die Vertreter unserer Fraktion wiesen den bürgerlichen Vorwürfen entgegen. Sie vermittelten vor allem Dingen den Nachweis für die Notwendigkeit, die Gesetzesausführung in Möglichkeit zu setzen. Genosse Pöhl belegte durch folgende Beispiele die Behauptung unserer Genossen, daß nur in oft unzulässigen Verfassungsverstößen von rechts her Störungen ausgeht. Justizminister Dr. Radbruch hob hervor, daß nur einer Sondergesetzgebung sei die Rede kein könne, wenn etwa Gesetzgeber und Richter im Gesetz ergehen hätten. Die geltenden Grundgesetze seien vollkommen klar. Trotzdem verhalten die bürgerlichen Parteien auf ihrem Antrag. Sie machen zwar den Versuch, diesen Antrag nach zu verhängen. Unzulässig und ungesetzlich, mit Gefährdung bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bis zu einer Million demjenigen zu

bestrafen, der nichtverbotene Versammlungen, Aufzüge oder Kundgebungen mit Gewalt oder durch Bedrohung mit einem Verbrechen verhindert oder sperrt. Darüber hinaus wollen die Deutschnationalen auch schon den Verstoß für strafbar erklären und die Möglichkeit geben, bei entstandenen Personen- oder Sachschäden auf eine Buße von 5 Millionen Mark zu erkennen.

Der Vertreter des Reichsinnenministeriums, Ministerialdirektor Precht, stellte mit, daß die Regierung noch vor Weihnachten einen Entwurf zum Vereinsgesetz vorlegen werde. Daraufhin bezeichnete der Genosse Dr. Rosenfeld es als unmöglich, vorher noch eine Spezialbestimmung zu treffen, die nachher womöglich mit dem Vereinsgesetz unvereinbar sei. Auch diese Argumente fanden bei den bürgerlichen Parteien keine Anerkennung. Nach längerer Beratung wurde beschlossen, in der nächsten Sitzung in die Spezialberatung einzutreten.

Der Oberkirchenrat für das Kaisergebet.

„Ein Akt christlicher Teilnahme“.

Der Bund religiöser Sozialisten Deutschlands wandte sich im August d. J. an den evangelischen Oberkirchenrat und machte diesen darauf aufmerksam, daß im gottesdienstlichen Schlußgebet vielfach noch des ehemaligen Kaisers gedacht wird. Er ersuchte den evangelischen Oberkirchenrat, den Geistlichen erneut nachdrücklich die Anweisung, die der evangelische Oberkirchenrat kurz nach der Revolution in bezug auf die Form des Gebets gegeben hat, in Erinnerung zu bringen. Damals wurden die Geistlichen angewiesen, die Form des Gebets den neuen Verhältnissen entsprechend zu ändern. Die Antwort, die der evangelische Oberkirchenrat nunmehr dem Vorstand des Bundes religiöser Sozialisten Deutschlands am 7. Oktober übermittelt hat, verdient der breitesten Öffentlichkeit bekanntgegeben zu werden. Es heißt da:

„Das fürbitende Gedenken des ehemaligen Kaisers, der zugleich der Träger des obersten Kirchenreiments unserer Landeskirche gewesen ist, stellt als Akt christlicher Teilnahme weder eine Herausforderung vor, noch stellt es die politische Neutralität der Kirche in Frage und unterliegt daher entgegen der dortigen Annahme an sich keiner Beanstandung. Nur die Form und die Fassung der Fürbitte können gegebenenfalls ein Gegenstand der Nachprüfung sein. In dieser Beziehung erkennen wir noch den von uns gemachten Beobachtungen keinen Anlaß, unsere frühere Anweisung allgemein zu wiederholen.“

Diese Antwort stellt eine Herausforderung für alle republikanisch und sozialistisch gesinnten Mitglieder der evangelischen Landeskirche dar. Wir möchten dem evangelischen Oberkirchenrat die vor einigen Tagen im Landtag eingebrachte kleine Anfrage des Abgeordneten Köllmann (Drumburg) als Material für seine Beobachtungen an Hand geben. In dieser Anfrage heißt es u. a.:

„Der Pastor Grühmacher in Janikow bei Drumburg, der die Kirchengemeinden Janikow, Goltz und Jamsow zu versorgen hat, betet im allgemeinen Kirchengebet folgendes:

„Laf Deine Gnade groß werden über Deinen Knecht, Kaiser Wilhelm, über den Kronprinzen und seine Gemahlin und das ganze königliche Haus, insonderheit über den jungen Prinzen Wilhelm; laß ihn aufwachen als Deutschlands Festung und zumachen an Weisheit, Alter und Gnade bei Dir und den Menschen. . . Laf Deine Gnade wieder ruhn auf seinen Fürsten und freien Städten.“

So stellt sich der „Akt christlicher Teilnahme“ dar, der nach Ansicht des evangelischen Oberkirchenrats „keine Herausforderung“ bedeuten soll. Die republikanisch gesinnte Arbeiter- und Angehörigenklasse, die noch der evangelischen Landeskirche angehört, wird sich danach wohl überlegen, ob sie weiterhin zu einer Institution beistimmen will, die offen für die Wiederkehr der Monarchie kämpft. Die preussische Regierung aber möchten wir fragen, wie lange noch einer derartigen Institution Millionen aus Mitteln der Steuerzahler zur Verfügung gestellt werden sollen?

Der Münchener Justizmord.

Die Nachjustiz der Reaktion.

Das Münchener Volksgericht, das Nechenbach zu 11 Jahren Zuchthaus verurteilt hat, in seiner Urteilsbegründung hervorgehoben, Nechenbach habe das Ritter-Telegramm und die an sich bereits als bekannt anzunehmende Denkschrift Erbergers ausgestellt, um dem Vaterland zu schaden, in der Absicht, dem Volkshemismus in Deutschland dadurch zum Durchbruch zu verhelfen.

Das ist eine geradezu nichtswürdige Verleumdung. Von Münchener Richtern muß man verlangen, daß sie über Volkshemismus, über Missetat, über die Stellung Eisners und über die Nechenbach zum Volkshemismus Bescheid wissen. Gerade Nechenbach war einer von den Unerschrockenen, die damals, als nach der Ermordung Eisners die Rätebewegung dem Volkshemismus entgegenstand, den Mut hatten, gegen den Strom zu schwimmen. Nechenbach ist wiederholt gegen den Wahnsinn der Landauer und München aufgetreten. Nechenbach konnte dank seiner Verbindungen mit der Schweiz und dank seiner Beziehungen aus diesen Verbindungen wiederholt den nötigsten Clementen zum Sieg verschaffen. Nechenbach war es, der in einer wichtigen Ausprache der verschiedenen Arbeitergruppen der SPD, USV, und UVD, Anfangs März 1919 noch einmal, zum letzten Mal, den Ausbruch des bürgerlichen Umsturzes verhinderte. Seine Unerschrockenheit, seine Rednergabe und seine guten Informationen kamen ihm dabei zu Hilfe.

Entsetzen muß alle die erreifen, die von diesen Tatsachen Kenntnis haben. Er, der Warner und Mahner, wird jetzt von den Reaktionsrichtern als Verbreiter des Volkshemismus hingestellt. Nechenbach hat sich um Bayern damals durch sein mutiges Auftreten ein literarisches Verdienst erworben. Zum Dank dafür wird er jetzt von bürgerlichen Richtern im Zuchthaus lebendig begraben.

Bestrafter Schutz der Republik.

Karlruhe, 20. Oktober.

Der „Bürgersturm“ im Durlacher Rathaus anschließend der Kundgebung zum Schutze der Republik am 4. Juli fand gestern kein Nachspiel vor dem Schwurgericht. Nach 12tündiger Verhandlung wurde gegen Neben, fast durchweg jugendliche Angeklagte, wegen Haus- bzw. Landfriedensbruchs auf Gefängnisstrafen von 2 bis 5 Monaten erkannt. Vier Angeklagte wurden freigesprochen.

Diese Justiz ist sehr simpel: Erst wird durch die Nichtentfernung monarchistischer Embleme die verfassungstreue Bevölkerung provoziert; wenn sich dann nach Ereignissen wie dem Rathenau-Mord die Empörung elementar Luft schafft, hagelt es Gefängnisstrafen. U. E. sollte die bürgerliche Regierung hier den Verantwortlichen gegenüber von ihrem Vergeltungsrecht Gebrauch machen; dagegen die Beamten zur Rechenschaft ziehen, die durch Beibehaltung der monarchistischen Wahrzeichen die Erregung geschaffen haben.

Die Krise in England.

Die Krise in England ist für uns in Deutschland nach zwei Richtungen hin interessant. Im Vordergrund steht die Frage, wie sie sich in bezug auf die auswärtige Politik auswirken wird.

Die erste Frage nach der künftigen Richtung der auswärtigen Politik Englands hält die Welt umso mehr in Spannung, als es in diesem Augenblick noch ganz unmöglich ist, irgend etwas Bestimmtes über sie vorauszusagen.

Es ist nun nicht sehr wahrscheinlich, daß die Wahlen mit einem Sieg der Konservativen enden werden, der ihnen erlaubt, die Regierung allein zu übernehmen.

Der Jubel der französischen Nationalisten über den Sturz Lloyd Georges erscheint daher als vorzeitig und faktisch ungeschickt.

In innenpolitischer Beziehung muß beachtet werden, daß das Parteiwesen und die politischen Methoden in England ganz anders geartet sind als in Deutschland.

Die englischen Liberalen sind in zwei Flügel gespalten, von denen der eine mit den Konservativen in der Koalition, der andere mit der Arbeiterpartei in der Opposition stand.

Itionspolitik erklärt haben. Obwohl die Wahlen offenbar in unmittelbarer Nähe stehen, lassen sich die Parteigruppierungen, von denen sie ausgehoben werden sollen, noch nicht klar erkennen.

Dadurch wird aber die Unsicherheit des Wahlergebnisses noch erhöht. Das englische Wahlsystem kennt weder das Proportional-Wahlsystem des neuen, noch des Stichwahlverfahren des alten deutschen Wahlrechts.

In diesem veralteten englischen Wahlsystem liegt ein starker Zwang für die politischen Parteien auch schon bei den Wahlen selbst Koalitionen zu bilden in der Weise, daß sich die koalitierten Parteien überall auf einen gemeinsamen Kandidaten vereinigen.

Die neuen Güter der Rentenempfänger-Unterstützung.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschäftigte sich heute mit einem Bericht des Reichsausschusses über die Erhöhung der Unterstützung der Rentenempfänger durch Erwerb und Angehörigen-Beihilfen.

Der Walfisch.

Zur Charakterisierung des Erzählers

„Ist folgende Erinnerung, die Richard Kellermann in der Zeitschrift „Der Weg“ berichtet:

„Der Holtkenau-Kanal, die große Wasserstraße zwischen Nord- und Ostsee, war fertiggestellt.

Zunächst sollte „S. M. Nacht Hofenzollern“, mit dem obersten Kriegesherren an Bord, zur Weihe dieses „Kaiser-Wilhelm-Kanal“ durchfahren.

In der Nähe eines Herbsttages ging das geschichtliche Ereignis mit vielem Trara vor sich.

„S. M.“ im Lejzug und Nordwester dirigierte mit der einen Hand selbst die Steuermaschine. „Tabellos“ sagten die kaiserlichen Schiffsgäste und waren überrascht, wie sicher der weiß-gelblichene Kapitän durch die Schlingen und zwischen der hohen Böschung lief.

Es war schon ein starkes Bemühen für den kaiserlichen Herrn, das Rad rechts und bald links und wieder ausgleichend zu drehen. Er wich und wankte aber nicht bis zum Ende der Fahrt und nahm gelassen und wohlgefaßt — wer würde sich auf solche Leistung nicht einbilden — auch die höchst devote, doch sehr schmeichele Anerkennung seiner Navigationsoffiziere entgegen.

Dem Volke machte man die erlaunliche Leistung augenscheinlich durch eine bunte, vielbegehrte und abgesetzte Ansichtskarte mit der Aufschrift „Der Steuermann des Deutschen Reiches“.

In Hofkreisen jedoch lächelte man milde oder auch hämisch über die ganze Geschichte. Dort war bekannt, daß „Gernegroß“, den seine kaiserliche Mutter also nannte, wieder einmal am ausgeschalteten Rudergang geschwitzt hatte, während ein verantwortlicher Kanallösler von einer für solche Zwecke vorgesehenen Einrichtung aus tatsächlich steuerte.

„Warum hat man ihn nicht auch politisch so ausgeschaltet?“ fragte ein Kreis von Abgeordneten, denen ich bei guter Gelegenheit diesen verbürgten Vorfall erzählte.“

Volkswirtschaft.

Das Existenzminimum in der ersten Oktoberhälfte 1922.

Von Dr. R. Kuczynski.

(Nachdruck verboten.)

Die Kosten des Existenzminimums waren in Groß-Berlin in der ersten Oktoberhälfte um etwa drei Zehntel höher als im September, reichlich doppelt so hoch wie im August, etwa 3/2 mal so hoch wie im Juli, reichlich 5 mal so hoch wie im Juni und 16 mal so hoch wie im Oktober 1921.

Rationiertes Brot kostete 86mal soviel wie vor neun Jahren, Milch 231mal soviel, Kartoffeln 240mal soviel, Bräutels 272mal soviel, Graupen 275mal soviel, Margarine 288mal soviel, Bohnen 300mal soviel, Reis 309mal soviel, Zucker 333mal soviel, Brot im freien Handel 337mal soviel, Erbsen 350mal soviel, Speck 390mal soviel.

Als wöchentliches Existenzminimum ergibt sich:

	Mann	Chepaar	Chepaar mit 2 Kindern
	Mk.	Mk.	Mk.
Ernährung	970	1653	2240
Wohnung	25	25	25
Heizung u. Beleuchtung	417	447	447
Bekleidung	830	1333	1937
Sonstiges	726	1123	1437
1. Oktoberhälfte 1922	2998	4731	6136
September 1922	2119	3532	4714
August 1922	1393	2208	2958
Juli 1922	821	1298	1763
Oktober 1921	187	236	356
Oktober 1920	136	232	318
August 1913/ Juli 1914	16,75	22,30	29,80

Auf den Arbeitstag umgerechnet, beträgt der notwendige Mindestverdienst in der ersten Oktoberhälfte 1922 für einen alleinstehenden Mann 500 Mark, für ein kinderloses Ehepaar 772 Mk., für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 6—10 Jahren 1023 Mk.

Vom letzten Vorkriegsjahr bis zur ersten Oktoberhälfte 1922 ist das wöchentliche Existenzminimum in Groß-Berlin gestiegen: für den alleinstehenden Mann von 16,75 auf 2998 Mk., d. h. auf das 179,0fache, für ein kinderloses Ehepaar von 22,30 auf 4631 Mk., d. h. auf das 207,7fache, für ein Ehepaar mit zwei Kindern von 28,80 auf 6136 Mk., d. h. auf das 213,0fache.

Devisen-Kurse.

Berlin, 23. Oktober.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	21. Oktober.	20. Oktober.	
Amsterdam	1 fl.	1725,67	1381,53
Brüssel (Antwerpen)	1 Frs.	3,224	241,38
Kristiania	1 Kr.	781,04	626,48
Kopenhagen	1 Kr.	879,79	705,28
Stockholm	1 Kr.	1177,05	942,63
Helsingfors	1 Finn. Mk.	104,73	84,78
Rom	1 Lire	187,03	148,62
London	1 £	19700,60	15760,50
New York	1 Doll.	4418,92	3551,10
Paris	1 Frs.	329,17	264,33
Zürich	1 Frs.	5,395	644,38
Madrid	1 Peseta	678,90	548,68
Wien	100 Kr.	5,83	4,50%
Prag	1 Kr.	143,14	118,70
Budapest	100 Kr.	171,—	144,—

Sigrid, das Fischermädchen.

Erzählung von Theodor Mügge.

14. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Meiner Seele!“ rief Clas erfreut, „das ist ein guter Rat. Daran sehe ich, daß du es ehrlich meinst, auch Herr Schiemann wird es erkennen.“

So schieden sie in heiterer Freundschaft; als Clas sich aber von dem Hause entfernte, hörte er drinnen wieder das Gelächter und mußte mitleiden.

„Heida!“ schrie er hinaus, „geht es dir gut, Sigrid?“

„Es geht gut,“ nickte sie und lachte.

„Soll ich zu dir kommen?“ fragte er.

„So komm!“ rief sie hinab.

„Gleich war er oben, und da sah sie wieder bei einem Nichte.“

„Nun mußt du den Anäuel fortwerfen und mit mir sprechen, klein Sigrid,“ sagte er, ich habe dir viel zu erzählen.“

„Was ist es, Clas?“ fragte sie.

„Ei, du Wetterding!“ schrie er, „tust so, als wüßtest du es nicht. Bin ich nicht Clas Gorud? Gleich komm her und rüd nicht fort.“

„Was hast du?“

„Ich fürchte mich.“

„Wovor?“

„Sagst du nicht gehört, was Thorvald gesagt hat?“

„Thorvald? Haha-ha!“ lachte er gewaltig auf. „Verdammt, soll er sein und lachen — sagen was war es?“

„Der Seehund würde dich fressen!“

„Nicht, nicht, sei sicher, doch ihn — ihn! Komm her, klein Sigrid, ich sag dir nicht.“

Da schrakte und schaukte es unter dem Nebe, und ein mächtiger grauer Kopf klopfte seine weißen Zahnteichen auf.

„Wo kommt der Hund her?“ fragte er rauh. „Da ich heute früh abfuhr, war er nicht da.“

„Ach weiß es nicht,“ antwortete Sigrid, „doch als ich aus der Tür trat, da du fortwarst, lag er auf der Schwelle nah im Sonnenschein.“

„So war mir Gott helfe!“ versetzte Clas, „ich brachte ihn in den Landfjord und — und — wenn es kein höllischer Teufel ist, so weiß ich nicht, wie er zurückkommen konnte.“

Gullit Hansen drehte sich um, ging in sein Haus und warf die Tür zu. Ein paar Minuten stand Clas unentschlossen, seine Augen hefteten sich auf den Hund, der ihn unverwandt ansah.

„So war mir Gott helfe!“ versetzte Clas, „ich brachte ihn in den Landfjord und — und — wenn es kein höllischer Teufel ist, so weiß ich nicht, wie er zurückkommen konnte.“

„So war mir Gott helfe!“ versetzte Clas, „ich brachte ihn in den Landfjord und — und — wenn es kein höllischer Teufel ist, so weiß ich nicht, wie er zurückkommen konnte.“

wieder im Fieber und in Seeläufung. Er hatte ihn nicht gekannt, sondern sprach irre.

„Weil der Fleck und der Fleck nicht von dir lassen wollen,“ sagte Grete, „sonst wäre es anders; weil sie den Hund dir ins Haus zurückgeschickt haben, liegt der Junge im Krampf.“

„Ach höre es,“ murrte sie Gullit.

„Nach eine,“ sagte Grete und sah ihn beim Arm, „darauf merke. Gehe du ihn hinabspült, nimm dein Messer und steck ihm die Augen aus.“

„Nein, nein,“ schüttelte sich der harte Mann, „das kann nicht sein.“

„Es muß sein,“ sprach Grete, „sonst kommst du nicht frei, und Anders.“

„In dem Augenblick orang aus der Kammer ein Schrei, und der bekümmerte Vater sprang auf und ging hinein.“

„Dabei dachte er an Sigrid, und ein grimmiges Lachen lief durch sein Gesicht.“

„Ich will dich doch haben,“ murrte er, „und dann will ich dich demütigen und so langsam machen.“

Dann fiel ihm wieder der Hund ein; er hatte seiner Mutter Grete, erschrocken wie er war, alles erzählt, aber sie hatte ihn geträufelt.

„Das Land am See muß aufgegangen sein, vielleicht war auch keines darum geknüpft gewesen, Clas mußte es nicht.“

„Das Land am See muß aufgegangen sein, vielleicht war auch keines darum geknüpft gewesen, Clas mußte es nicht.“

„Das Land am See muß aufgegangen sein, vielleicht war auch keines darum geknüpft gewesen, Clas mußte es nicht.“

„Das Land am See muß aufgegangen sein, vielleicht war auch keines darum geknüpft gewesen, Clas mußte es nicht.“

Heute nachmittags
5 Uhr entließ ich mit
meiner lieben Frau
unseren guten Mutter,
Schwieger- u. Groß-
mutter (84-0)
Karoline Voß
geb. Klünder
im 58. Lebensjahre.
In tiefer Trauer
Wih. Voß
und Kinder
Lübeck 20. 10. 22
Kl. Gröpelstraße 30.
Trauerfeier am
Mittwoch, dem 25.
Okt. nachm. 2 1/2 Uhr
in der Kap. Vo. met.

Män- u. Kleiderarbeit wird
angewonnen. Preise,
84-2) Engelstr. 31/10

Einerebier.
Beden Sie das!
8497) Pragerstr. 11/10



Nordmöbel!
Größere Posten äußerst
preiswert.
Fabrikpreise!
Verkauf ab Montag
8 Uhr. 9-12, 2-6
am Ströbenstraße 1, 1. Hof.

Beste Preise
für
**Gold,
Silber,
Platin,
Double**
(Bruch und Gegen-
stände)
Brillanten
zahlr. (84-6)
Goldschmied
Carl Michaelson,
Mühlenstraße 3
(am Rindenberg).

Steppdecken
Anfertigung u. Neu-
beziehen Spethmann
Breitestr. 31 Fernsp. 8659
(84-12)

Da die Kohlen-
affordarbeiter sich
mit den Kohlen-
plaharbeitern soli-
darsch erklärt ha-
ben, indem sie die
Ausführung der
mit ihnen tariflich
festgelegten Afford-
arbeiten vermei-
gen oder nur teil-
weise ausführen,
sehen wir uns ge-
zwungen, bis zur
Klärung der An-
gelegenheit auch
diese Arbeiten
(Kohlen- u. Eisen-
affordarbeiten) ru-
hen zu lassen.
Mit dem Kalendertage
Verkauf zu Lübeck u. l.
angehörigen Kohlen- und
Eisenhändler. 84-54

Bekanntmachung.

Unsere Kohlenplaharbeiter und Kutscher sind trotz des Schiedspruches des Schlichtungsausschusses, welcher für die Zeit vom 16.—31. Oktober einen Wochenlohn von Mk. 4800,— bzw. Mk. 5000,— für Kutscher festgesetzt hat, in den Streik getreten. Der Tarif ist dadurch gebrochen, daß die Plaharbeiter auch die Handwerker und Chauffeure, welche tarifmäßig verpflichtet waren, auch bei einem Streik ihre Facharbeiten zu verrichten, von der Arbeit abgehalten haben.

Wir fordern die betreffenden Arbeiter hiermit auf, spätestens am **Dienstag, dem 24. ds. Mts. morgens,** die Arbeit wieder aufzunehmen, andernfalls die Entlassung hierdurch **ausnahmslos** ausgesprochen ist. Rückständige Löhne, sowie Entlassungspapiere sind am Dienstag nachmittags von 2—5 Uhr in den Geschäftsräumen der unterzeichneten Firmen in Empfang zu nehmen.

Lübeck, den 21. Oktober 1922.

Bernhöft & Wilde
Robert Gerß
Joh. H. G. Kahus
Friedrich Jhrle
Maack & Ellmenreich
Postehls Kohlenhandel G. m. b. H.
Wulbrandt & Co.

Herrmann Bland
Christian Gade
Kohlen-Kontor G. m. b. H.
Lübeder Kohlenhandel G. m. b. H.
Piehl & Zehling
Heinr. Uter.

8494

Bekanntmachung.

Unsere Eisenarbeiter und Kutscher sind trotz des Schiedspruches des Schlichtungsausschusses, welcher für die Zeit vom 16.—31. Oktober einen Wochenlohn von Mk. 4800,— bzw. Mk. 5000,— für Kutscher festgesetzt hat, in den Streik getreten.

Wir fordern die betreffenden Arbeiter hiermit auf, spätestens am **Dienstag, dem 24. d. M. morgens** die Arbeit wieder aufzunehmen, andernfalls die Entlassung hierdurch **ausnahmslos** ausgesprochen ist. Rückständige Löhne, sowie Entlassungspapiere sind am Dienstag nachmittags von 2—5 Uhr in den Geschäftsräumen der unterzeichneten Firmen in Empfang zu nehmen.

Lübeck, den 21. Oktober 1922.

Freitag & Co.
Postehls Eisenhandel

Piehl & Zehling
Mag. Schön G. m. b. H.

8495

Außergewöhnlich billig
heizen und kochen
Sie mit dem
Thermidor-Ofen, D. R.-Patent.
Gg. Krach
Lübeck, Glöckengießerstr. 30
Fernsp. 8445. (84-25)

Visitenkarten fertigt an **Friedr. Meyer & Co., Lübeck.**

Monopol-Trinkbranntweine
Gut Preiswert Rein
Leere Monopol-Flaschen
wenn unbeschädigt und nicht verunreinigt werden jetzt zu **20 Mark** von den Verkaufsstellen zurückgenommen.
Ausgabestelle für Monopoltrinkbranntwein
Karl Schlüter, Lübeck,
Telephon 888. Ladiswehr-Allee 59. (84-45)

Arbin
der gute Schuhputz
TERPENTINÖLWARE IN DOSEN MIT SANDEROL

Das Beste für die Haut ist und bleibt die unübetroffene
Steen's Glycerin-Milch Seife
8441)
Überall erhältlich.
Engros-Niederlage: Harloff & Scauz, Lübeck.

Felle
kauft höchst- zahlend
Isaac Frankenthal
Beckergrube 53. Tel. 8541.
8451
Haare

Karl Obst
Am Brink 11 b.
Haltbare Sohlen u. Absätze.
Joh. Voss,
8447) Fleischhauerstraße 77.

„Der Sprung in die Welt“
ist jetzt auch in Buchform in unserer Buchhandlung zu haben.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,

Komitee Arbeiterhilfe für Sowjetrußland
(Bezirk Wasserkante).
Mittwoch, 25. Oktober
im großen Saale des Gewerkschaftshauses

Deutsch-Russisches Konzert
Mitwirkende: Ed. Seermus-Moskau (Violine), Maria Marlanow-Petersburg (Klavier).
Aus dem Programm: Mozart, Schumann, Rimsky-Korsakow, Glazonnov, Tschairowsky, Winiawski.
Saalöffnung 7 Uhr. Beginn 7 1/2 Uhr pünktlich.
Karten zu 20.— Mk. sind zu haben im Gewerkschaftshaus, im Parteibureau, Hundestraße 14 und an der Abendkasse. (8440)
Der Reinertrag wird für die Hungernden in Sowjetrußland verwandt.

Konsortverein für Lübeck und Umgegend
e. G. m. b. H.

Generalversammlung
am Montag, dem 30. Oktober 1922, abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus.
Tages-Ordnung
Statutenänderung: (8453)
a) Erhöhung des Geschäftsanteiles und des Eintrittsgeldes (§§ 53, 55 und 58 des Statuts).
b) Erweiterung des Vorstandes (§ 5 des Statuts).
Mitglieder, Genossenschaftler, erheimt zahlreich in der Versammlung, denn es gilt neue Grundlagen für den weiteren Ausbau und die Sicherung unserer Genossenschaft zu schaffen. Zur Statutenberatung bitten wir die Mitglieder, ihr Statut mitzubringen. (8453)
Der Aufsichtsrat: A. Wanke, Vorsitzender.
Eintritt nur gegen Vorzeigung der Legitimationskarte.

Trocadero.
Schlüsselbud. 4. F. 787
Täglich ab 5 Uhr nachm.:
Fred-Leisner-Stimmungs-Konzerte.
8444

D. I. V.
Vorstandsjung am Dienstag, 24. Okt. abds. 7 Uhr.
Festkomitee am Mittwoch, 25. Okt. abends 7 Uhr
8448) im Bureau.

Café „Vaterland“
Täglich Konzert der (8427) Hamburger Künstler-Vereinigung.
Direktion: Adolf Martens

Hansa-Theater.
Heute Montag und folgende Tage, 7 1/2 Uhr:
Grigri. 8448
Stadttheater Lübeck
Montag, 7.30: Volksbühne: Carmen. (8428)
Dienstag, 7 Uhr, Ab. C: Zum letzten Male: Gastspiel Alex Otto, Fuhrmann Denischel.
Mittwoch, 7 Uhr, Ab. D: Zum letzten Male: Ariadne auf Naxos.

Freistaat Lübeck.

Montag, 23. Oktober.

Die tägliche Preisbremse.

Ein Notschrei der Ärzte.

Statt vieler Worte einige Beispiele. Vor einigen Tagen berichteten wir nach einer Hamburger Zeitung, daß dort ein Anzug 60 000 bis 65 000 Mark kostet. Nun teilt der Verband der Arbeitgeber für das Schneidergewerbe in Lübeck mit: Heute stellt sich der gleiche Anzug bei gleichen Verkaufsbedingungen zu den hiesigen Löhnen berechnet, auf 70—75 000 Mark. Es ist den Fabrikanten nach wie vor unbenommen, ihre Preise in ausländischer Währung zu notieren, die Zahlung in Papiermark am Tage der Lieferung bedeutet für die Preisgestaltung keinen Vorteil. Die Kundschaft wird Verständnis dafür finden müssen, daß der Schneider seine Ware zum Tagespreis der Valuta umgerechnet, mindestens mit dem Einstandspreis in die Kalkulation einstellen muß.

Die Schuhmacher-Zunft in Hamburg ist ebenso freundlich und stellt den Gehilfenlohn wie die Lübecker Schneidermeister an erste Stelle (bekanntlich macht der Arbeitslohn nur einen Bruchteil der Herstellungskosten aus). Da der Selbsterhaltungstrieb dazu zwingt, den Wiederbeschaffungspreis der Rohstoffe zugrunde zu legen, kosten vorläufig ein Paar Bogfalt-Herrenstiefel 11 500—14 000 Mk., Sohlen und Absatz 1000—1400 Mark.

Keine der beiden Unternehmervereinigungen sagt aber, daß sie den Gehilfen den Tageslohn in Valuta umgerechnet bezahle.

Ein Einwohner in Seide in Holstein erhebt von einem Landmann ein schriftliches Angebot in Kartoffeln; verlangt wurden für Eierkartoffeln 3000 Mark, für Magnum bonum 1800 Mark für den Doppelzentner. — Ist keine Suchtauzelle mehr frei?

Es gibt aber trotz oder gerade wegen der Preissteigerung Leute, die alles bezahlen können. Man beachte folgende Notiz bürgerlicher Blätter aus Rendsburg: Die Pacht für die Jagd in der Gemarkung Nörby-Boklund betrug bisher 1000 Mark, davon 600 Mark für die Gemarkung Nörby und 400 Mark für die Gemarkung Boklund. Bei der Neupachtung wurde für die Gemarkung Nörby ein Höchstgebot von 181 000 Mark abgegeben, für die Gemarkung Boklund von 20 000 Mark, also zusammen 201 000 Mark gegen 1000 Mark vorher.

Die Folgen des Dollarkraums? Einige Sätze aus der Entschließung des Ärztekammerverband der Provinz Sachsen: „Aus allen Gegenden Deutschlands mehren sich die Meldungen über das gehäufte Vorkommen meist tödlich verlaufender Erkrankungen an Scharlach und an Hunger-Wasserkopf. Auch die Tuberkulose nimmt erschreckend zu und fordert immer mehr Opfer. Der Winter steht vor der Tür. Kohlennot und Kleidermangel beschleunigt unheimlich das Fortschreiten des Hungers. Vier Jahre nach Kriegsende geht noch graufiger als damals das klappernde Gespenst des Hungertodes in den Städten um und fordert namentlich in der Kinderwelt, aber auch aus den Erwachsenen zahllose Opfer. Dabei trogen die Schaufenster wie niemals im Frieden von verlockenden Lebensmitteln und Delikatessen, von Schokoladen, Süßwaren und Zigaretten. Wegen der unerschwinglichen Preise sind für recht viele die alternativen Lebensmittel nicht zugänglich. Neben bitterster Not und graufigstem Hungertod macht sich aberwärts ekelhaftes Proletariat und Schlemmerleben breit. Wie muß das verbittern und den qualenden Zahn des Hungers noch härter in den Eingeweiden wühlen lassen. Verzweiflungstaten aller Art, Familienelbstmord, epidemisch um sich greifende Hunger-Gewaltstötungen sind unausblöflich. Daraus entspringende Greuelthaten fallen einzig und allein denen zur Last, die durch Wucher, Preistreiberi und Schieberium, kurzum aus schändlichem Eigennutz die Preise für Nahrung, Kleidung und unentbehrlichen Gebrauchsgegenstände ungerechtfertigt und unerschwinglich in die Höhe schrauben. Produzenten, Zwischenhändler, Verarbeiter und Verkäufer überheben sich förmlich — heuchlerisch einer den anderen als den allein Schuldigen bezeichnend — in unerträglich, immer sich steigender Raffschheit, auf Kosten der Volksgesundheit, der körperlichen wie geistigen, möglichst schnell unermesslich reich zu werden.“

Geht es so weiter wie bisher, dann werden im Winter viele Tausende deutscher Mitbürger den entsetzlichen Qualen des Hungers selber ein Ende machen, werden heillosen Verzweiflungstaten auf Raube zum Himmel schreien, wird die Tuberkulose auf viele Jahrzehnte hinaus zu verheerenden Volksgeißel Deutschlands einparadiesern. — Wer hört diesen Schrei der Not, wer kümmert sich um ihn?

Die Dienstzeit der Beamten.

Ueber diese strittige Frage geht uns vom Nachrichtenamt ein längerer Bericht zu, dessen Kernpunkte sich dahin zusammenfassen lassen: Die ungeteilte Dienstzeit ist für die Sommermonate seit 1919 trotz erheblicher Bedenken eingeführt worden, um den Beamten und Angestellten besser Gelegenheit zu der Beförderung der Wachtgärten zu geben. Aus gleichem Grunde wurde die Dienstzeit auf 7½ Stunden verkürzt. Das Reich fordert bei der überaus schwierigen Finanzlage äußerste Ausnutzung der Arbeitskraft aller Beamten und Angestellten. Es hat nicht nur die 48stündige Dienstzeit für Reichsbeamte und Angestellte angeordnet, sondern auch auf Grund der Erfahrungen die geteilte Dienstzeit grundsätzlich bestimmt. Nur in großen Städten mit ausnehmend weiten Entfernungen kann die Dienstzeit ungeteilt sein. Für die Reichsbeamten in Lübeck besteht im Winter und Sommer die geteilte Dienstzeit. Lübeck kann sich diesen Tatsachen um so weniger ver-

schließen, da das Reich den bei weitem größten Teil der Befolgungen auch der Landesbeamten trägt.

Auch bei einer Einführung der 48stündigen Arbeitszeit im Winter und Sommer, mit der die Beamten und Angestellten sich einverstanden erklärt haben, kann Lübeck eine ungeteilte Dienstzeit, zum wenigsten im Winter, nicht verantworten. Nach allem im Reich, in den Ländern und zahlreichen Städten von den Behörden gemachten Erfahrungen läßt bei angelegentlicher geistiger Tätigkeit die Spannkraft der Beamten in der 5. und 6. Stunde stark nach und in gleichem Verhältnis mit ihr natürlich die Arbeitsleistung. Die durchgehende Arbeitszeit hat sich keinesfalls bewährt. Auch in Lübeck haben objektiv denkende Beamte, besonders solche in reiferen Jahren und in verantwortlicher Stellung mehrfach erklärt, daß sie eine durchgehende Arbeit von sieben bis acht Stunden erfolgreich zu leisten nicht imstande seien. Da eine Arbeitsstunde sämtlicher deutscher Beamten im Jahre 30 Millionen Mark kostet, muß auf volle Ausnutzung der Arbeitskraft gesehen werden. Demgegenüber fallen die Ersparnisse an Licht und Heizung nicht ins Gewicht. Den sachlichen Gründen, die für die ungeteilte Dienstzeit im Sommer sprechen, hat der Senat Rechnung getragen und ist bereit, dies auch in Zukunft zu tun.

Die Not der Kulturtheater.

heftigste am Freitag eine hier abgeschaltene Konferenz von Theaterleitern und behördlichen Vertretern aus Lübeck, Kiel, Schwerin, Rostock, Neustrelitz, Wismar, Stettin, Stralsund und Bremen. Es bestand allgemeines Einverständnis darüber, daß alles getan werden muß, um die durch die Entwertung des Geldes vor dem Zusammenbruch stehenden Kunststätten, deren Bedeutung für das deutsche Volk leider nicht überall richtig erkannt wurde, zu erhalten. Dazu genügen jedoch nicht die Mittel der Städte und Länder, sondern es sei dringend die Hilfe des Reiches notwendig. Der Bühnenverein der Verband deutscher Kulturtheater und die Bühnengenossenschaft sollten hier eingreifen. Besonders hervorgehoben wurde, daß manche Bestimmungen des Tarifvertrages, die für eine andere Zeit gedacht gewesen seien, heute die Theater hinderten, in vollem Maße ihre Aufgabe zu erfüllen. Hier müsse zwischen den Organisationen eine Verringerung herbeigeführt werden. Es wurde beschlossen, den Gedanken zu prüfen, ob durch eine Zusammenlegung mehrerer Theater, z. B. Lübeck und Kiel, Rostock und Neustrelitz, erhebliche Ersparnisse zu machen sind. Eine solche Zusammenlegung würde natürlich auch die Bekämpfung des Desasters in einer der beiden Städte bedeuten. Aus der Aussprache ergab sich, daß Lübeck zu den Städten gehört, die bisher noch mit den verhältnismäßig geringsten Zuschüssen auskommen.

Die Landwirte lehnen den Schiedsbruch ab.

Der Landwirtschaftliche Arbeitgeberverband hat den gefällten Schiedspruch abgelehnt. Die Ablehnung begründet die Herren damit, daß der Arbeitgeberverband eine Regelung der Löhne nur erst dann vornehmen könne, wenn die Höhe des Preises für das Umlagegetreide bekannt sei. Sie lehnen den Schiedspruch aber auch deswegen ab, weil die Lohnzulage der Deputataarbeiter nach ihrer Meinung zu hoch ist. Auf Grund der Ablehnung des Schiedspruchs muß sofort eine neue Verhandlung vor der Spruchkammer anberaumt werden, die voraussichtlich am kommenden Donnerstag oder Freitag in Kiel stattfinden wird.

Achtung, Holzarbeiter! Ueber die Firma Reich, Rosenstern & Co., Schlutup, ist wegen ausgebrochener Differenzen und Nichtanerkennung des deutschen Holzarbeiterverbandes als Berufsorganisation der Stellmacher, die Sperre verhängt. Kein Stellmacher und Holzarbeiter darf dort in Arbeit treten. Deutscher Holzarbeiterverband, Ortsverwaltung Lübeck.

Der Streik der Kohlenplaharbeiter! Schon seit den letzten Lohnforderungen haben sich unsere Arbeitgeber nicht mehr genötigt, mit unseren Vertretern der Lohnkommission zu verhandeln. Man verwies uns, wie gewöhnlich, auf den Schlichtungsausschuss. Ganz auf dem reaktionären Standpunkt verhalten sich unsere Arbeitgeber; unter anderem verstehen sie es aber auch in ganz geschickter Form, die Preise entsprechend zu gestalten. In der letzten Lohnverhandlung war das Ergebnis derartig minimal, daß unsere Kollegen beschlossen, den Spruch abzulehnen. Es kam, wie schon vorausgesehen, zur Arbeitsmiederlegung. Bis zum 15. Oktober war der Lohn 4250 Mk. Der Spruch lautete auf 4800 Mk. Auf einem ganz gebieterischen Standpunkt verhielten sich speziell die Arbeitgeberbesitzer des Schlichtungsausschusses. Die vom Vertreter des Deutschen Transportarbeiterverbandes vorgebrachte Begründung wurde schon gleich zu Anfang von dem Arbeitgeberbesitzer Herrn Schneidermeister Gahbert, mit ganz unerhörten Worten unterbrochen. Er erklärte: Seit 4 Uhr läge er jetzt schon hier, um immer ein und denselben Mist anzuhören. Die Uhr ging bereits auf acht. Dem Herrn schien speziell der Streik schon zu brennen; er hatte keine Ruhe mehr! Etwas Derartiges ist uns noch nie in einer Verhandlung passiert. Wenn der Herr keine Zeit mehr hatte, hätte die Sitzung eben vertagt werden, aber die Stelle durch einen anderen ersetzt werden müssen. Aber da saßen auch unsere Arbeitgeber Mut und erklärten mit ironischem Lächeln: „Ja, ja, arbeiten muß eben ein jeder; der Unterschied sei nur der, daß man beim Mehltragen weiß werde, bei den Kohlen aber nur schwarz, waschen müßte sich ein jeder.“ Dieser Ausspruch ist kennzeichnend für den Unternehmerhohn. Unsere Arbeitgeber lassen sich aber nicht irre machen und schreiben lustig am Tage der Kohlenpreiserhöhung, ab 16. Oktober würden die Kohlen nochmals erhöht infolge der „hohen“ Löhne. Die bis jetzt noch nicht vereinbart sind. Wer einigermaßen praktisch arbeitet und ein klein bißchen Mutterwitz besitzt, wird zwecken müssen, daß ein ganz anderer Lohn hätte herausspritzen müssen.

Die Streifleitung.

Eine Versammlung der Bürgerchaft findet am Montag, dem 30. Oktober, abends 6 Uhr statt.

Was der Goldjuchs heute wert ist. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der laufenden Woche zum Preise von 10 000 Mk. für ein Zwanzigmarkstück, 5000 Mk. für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Der Ankauf von Reichssilbermünzen durch die Reichsbank und Post erfolgt bis auf weiteres zum 250fachen Betrage des Nennwertes.

wb. Stadthallen-Vorstellungen. In dem Großfilm „Das Weib des Phara“ zeigte Ernst Lubitsch von neuem, daß nur er der deutsche Filmregisseur ist. Man muß natürlich den Film sehen. Die Zeit vor fünftausend Jahren läßt sich nicht anders voranschaulichen. In sechs kolossalen Akten, mit einem ungeheuren Aufwand von Ausstattung, Dekorationen, Menschen und Tieren, wird der in der Oper „Aida“ schon herrlich benutzte Stoff des Arieages ägypten und Nethiopiern, mit einer hineingepfundenen Liebesaffäre, den Zuschauern vor Augen geführt. Die größten deutschen Schauspieler wie Paul Wegener, Emil Jannings, Albert Bassermann, Harry Liedtke, Dagey Servaes und Lydia Salomanova — um nur einige Namen zu nennen — lassen alle Quellen ihrer mimischen Kunst springen. Über die Regiekunst eines Lubitsch ist ihrer würdig. Obwohl die meisten Aufnahmen in den Müggelbergen bei Berlin gemacht wurden, so sind doch auch einige Originalbilder aus Ägypten darunter. Sehr reizend wirken die Aufnahmen aus dem romantischen Salzbürg.

Im Hanja-Theater löste am Sonnabend Paul Linke „Grigri“ den „Armen Ambrosius“ ab. Das Publikum freute sich darüber, obwohl es durch den Wechsel nicht allzuviel gemonnen hat. Die Erinnerungen an das Variete wachrufen den Vorgänge auf der Bühne und die daran beteiligten Personen sind anerkennend vom Tropenkoller mit beeinflusst, der durch Linke gefällige, aber nicht gerade wertvolle Musik etwas gemildert wird. Im übrigen hat sich „Grigri“ bereits früher einmal in Lübeck vorgestellt. Lilli Niemi spielte und sang diese exotische Prinzessin im Hanja-Theater geschmackvoll und mit guter Laune. Sehr komisch wirkte Reinhold Wolf als reichbeweibter, mit Kränchen und Zylinder versehener Negerkönig Magaweme. Er war in erster Linie der Träger des Erfolges, den die Aufführung erzielte. Für den Liebhaber Grigris setzte Herr Ziegler seinen armenheimen Tenor ein und machte auch sonst eine gute Figur. Paul Schühler (Bartouffe) und Elli Rade (Yvonne) gaben ein munteres Paar ab, dessen Vorzüge weniger auf gefanglichem Gebiet laaen. „Grigri“ konnte sich nicht über Unabbarkeit der zahlreich Erschienenen beklagen.

Vermehrte Besuchszeit im Krankenhaus. Die seit längerer Zeit anhaltende verhältnismäßig geringe Belegung des Krankenhauses ermöglicht es, die Schwerekranken mehr als dies bei der starken Belegung möglich war, in gesonderten Zimmern unterzubringen. Die Direktion des Krankenhauses hat sich daher entschlossen, dem Wunsche der Bevölkerung auf dreimalige Besuchszeit in der Woche bis auf weiteres zu entsprechen. (Siehe Anzeige.)

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadtheater. Im Diensta-Ab. wird zum letzten Mal: Kukruwan Senjhal mit Alex Otto in der Titelrolle gegeben. Mittwoch zum letzten Male: Richard Strauß' Ariadne auf Naxos.

Hanja-Theater. Die mit großem Erfolg aufgeführte Operette „Grigri“ von Paul Linke bleibt die ganze Woche auf dem Spielplan. Es ist der Direktion gelungen, den bekannten norddeutschen Operettenkomiker Max Walden für den ausschließlichen Witz Schweißkath für ein längeres Gastspiel zu gewinnen.

Angrenzende Gebiete.

Hamburg. Aus dem Zuchthaus entwichen fünf Sonnabend nachmittag vier Schwerverbrecher. Ihrer acht hatten sich beim Verlassen der Werkstube durch Erbrechen eines Polizei-Dienstzimmers in den Besitz von zwei Dienstmättern und Mützen und durch gewalttames Öffnen eines Schranke in den Besitz zweier Revolver gesetzt. Dann künfteten die mit Mänteln verkleideten Verbrecher den Polizeiposten, überbrumpelten und entwarmpelten ihn und kletterten über die Gefängnismauer. Es gelang, vier der Verbrecher sofort festzunehmen, wobei einer derselben eine leichte Schußverletzung erlitt. — Teure Liebe! Zum Nachteil seines in Spanien ansässigen Onkels hat der 26jährige Kaufmann Wiese einen Millionenbetrag verübt. Der Onkel besitzt in einer Reihe von größeren Städten Europas Silberwarengeschäfte und hatte seinen Neffen als Leiter seines Geschäftes in Barcelona angestellt. Ein Liebesverhältnis Wises mit der Kassiererin seines Onkels, Maria Waisle, kostete ihn sehr viel Geld und veranlaßte ihn schließlich zu Betrügereien, die eine Höhe von 150 Millionen Mark erreichten. Er flüchtete darauf nach Deutschland, wo er mit Hilfe einer Hamburger Expeditionstruppe ermittelt und verhaftet werden konnte.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Bayern in Lübeck.

Wir leben nun schon bald vier Jahre in einer Republik, aber immer noch prangt in der Mengstraße das bayrische Konsulatsgebäude mit der Aufschrift „Königl. Bayer. Konsulat“. Eine kleine Korrektur an diesem Schild könnte nichts schaden. Eine kleine X.

Ämlicher Teil.

Versammlung der Bürgerchaft

am Montag, dem 30. Oktober, abends 6 Uhr im Bürgerchaftssaal des Rathauses.
Gustav Ehlers,
Wortführer der Bürgerchaft.

Güterrechtsregister.

Am 20. Oktober ist eingetragen bezüglich der Ehe des Professors Dr. phil. Albert Richard Zimmermann und Clara Elisabeth geb. Riedel in Lübeck: Durch notariellen Ehevertrag vom 20. September 1922 ist die Vermählung und Registrierung des Ehepartners am Vermögen der Ehefrau ausgeschlossen. (8437)
Lübeck. Das Amtsgericht, Abt. II.

Handelsregister.

Am 20. Oktober 1922 ist eingetragen 1. die Firma Dipl.-Ing. Max Hoffmann & Co., Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Lübeck. Gegenstand des Unternehmens ist die Vertretung des Diplomingenieurs Max Hoffmann zu Lübeck bei der Vertretung seiner Patente, die Vertretung der Total-Gesellschaft mit beschränkter Haftung zu Berlin und die Übernahme von Agenturen. Das Stammkapital beträgt 20 000 Mk. Geschäftsführer sind: der Kaufmann Rudolf Brehmer und die Ehefrau Anna Johanna Hoffmann geb. Wehde, beide in Lübeck. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 5. September 1922 errichtet und am 13. Oktober 1922 abgeändert. Die Vertretung der Gesellschaft erfolgt durch je zwei Personen, seien sie Geschäftsführer, Generalbevollmächtigte oder Prokuristen. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Reichsanzeiger; 2. die Firma Wilhelm Meyer, Lübeck. Alleinhaber; Kaufmann Johann Wilhelm Carl Meyer in Lübeck. (8438)
Lübeck. Das Amtsgericht, Abt. II.

Besuchszeit

im Allgemeinen Krankenhaus bis auf weiteres Diensttags und Donnerstags in der Zeit von 3—4 Uhr nachmittags und Sonntags in der Zeit von 2—3 Uhr nachmittags.

Bekanntmachung.

In der am 11. Oktober 1922 stattgefundenen Wahl des Bezirksbetriebsrates bei der Strombauverwaltung Magdeburg sind gewählt worden von der Vorschlagsliste I (Freie Gewerkschaften) die Herren: Freyer, Starbeck, Möller, von der Vorschlagsliste II (Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner) die Herren: Reps, Schoop, Doffom. Magdeburg, den 11. Oktober 1922. (8446)
Der Wahlvorstand
Paul Bach, Reps, Rudolph, Vorsitzender. 1. und 2. Beisitzer.

Am 23. Oktober 1922, vormittags 11½ Uhr, wird der Kapitän Krahn vom Motorsegler „Gla“ wegen seiner Reise von Herndlands auf hier im Gerichtshaus, Zimmer 9, Vertklarung ablegen. Lübeck, den 21. Oktober 1922. (8431)
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts, Abt. 2.

Zentrale für private Fürsorge

Johannisstr. 47/49. Fernspr. 8744.
Neue Handarbeiten und wertvolle Altertümer werden Mittwoch und Sonnabends 3—4 Uhr entgegengenommen. (8432)

Die Abt. Familienhilfe der Zentrale für private Fürsorge

Johannisstr. 47/49, S. 8744
Ist von jetzt ab Montag und Donnerstags, nachmittags von 4—5 Uhr, Johannisstr. 49, Zimmer 2, geöffnet. (8438)

Hotels, Restaurants, Cafés, Vergnügungen

Hotel Viktoria Fernruf 482.
Gegenüber dem Bahnhof.

Hotel International Neues Haus
am Bahnhof. Fernruf 707 und 789.

Hotel Stadt Hamburg
Weinrestaurant. Von 8 Uhr an Künstlerkonzert.

Gewerkschaftshaus Johannisstraße.
Fernruf 225. Verkehrslokal der sämtlichen Gewerkschaften.

Stadthallen-Restaurant P. 896. Täglich
Künstler-Konzert. Sonntags vornehmes
Kränzchen. C. Hanschen.

**Restaurant und Café zum Deutschen
Kaiser**. Inh. Aug. Bräck Wwe. Königstraße 41
Fernsprecher 531. Gute Küche. Strßbahnlinie 3.

Theater-Restaurant u. Café
Fünfhausen 17/19. Bürgerlicher Mittagstisch.

Bodega Weinstuben. F. 8986. Fleischhauer-
straße 14. Inh. H. Giesenberg. Gemütl. Aufenthalt.

Rathaushalle Tägl. von 5-11 Uhr
Künstlerkonzert.
Billards. W. Bruhn.

Stadthallen — Weiber Saal
Jeden Sonntag: Vornehmes Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr.

Stadt-Café Holstenstraße 17.
Täglich Künstler-Konzert.
Paul Ferck.

Café Viktoria Täglich Konzert.
Mühlenbrücke 1.

„Opera“ 8 Uhr abends.

Café Roland Tägl. Künstler-Konzert

Café Bernhardt Fackenburg
Allee 9.
Täglich abends Unterhaltungsmusik.

Hansa-Café Inh. G. Spieker Wwe.
Vornehmes Familien-Café. Künstler-Konzert.

Neues Lichtspiel-Theater
Fernruf 8693. Breite Straße 13.
Erste und vornehmste Lichtbildbühne.
Jeden Freitag stets das Neueste und von diesem
nur die auserwähltesten Programme.
Anfang 4 Uhr. Schluß 11 Uhr.

Tusculum Fischstraße 4. Bar m. Wein-
stuben. Dezent Musik.

Gerhard Tschorn Speisekasinn.
Johannisstr. 3

Julius Stammer Konditorei — Kaffee.
Lindenstraße 1b.

Hodermanns Konditorei
Täglich Konzert.

Uhren, Goldwaren und Musik

C. Porté Goldschmiedemeister.
Fabrikation u. Verkauf ingen-
ioser Trauringe. Fleischhauerstr. 26, Breite Str. 26.

Ludwig Zander Juwelier u. Gold-
schmied.
Fernruf 8700. Marlesgrube 3.

Lorenz Behnfeldt
Pflaßstraße 8. Uhren, Goldwaren,
Reparaturwerkstatt.

Rudolph Wiese Goldschmied.
Breite Straße 43.
Gold-, Silberwaren, Versüb., Alpaca-, Nickelwaren.

Hallers Musikhaus Lübeck.
Markt 3.

Meyer & Eggert Fernruf 2436.
Königstraße 116.
Musikinstrumente.

Musikhaus Fr. Dietrich & Co.
Musikinstrumente, Bestandteile, Noten jeglicher
Art. Saiten. Beckergrube 27.

Musik- Instrumente, Lauten, Gitarren,
Mandolinen usw.
Ernst Robert, Breite Straße 20. Fernr. 8750.

Geschäftliche Rundschau und **Zeitungs-Dauer-Fahrplan**

Ehlers & Reetwisch St. Petri 2/4, Holstenstraße 1. Das Haus der guten
Qualitäten. Manufaktur, Konfektion, Schuhwaren.

Schuhhaus Zentrum Inh.: W. Ludwig, Marktwiete 2.

Musikhaus Jack Musikalien aller Art. Marktwiete 2.

Grabsteine J. G. Rechtgläub Nchflg. Israelsdorfer Allee 17. u. 94.
Größe Auswahl am Platze. Billige Preise. Fernsprecher 8197.

Restaurant Spaßvogel Inh. Paul Sievert. Fernruf 2202.
Gemütlicher Aufenthalt. Täglich Künstler-
Konzert.

Schweizerhaus Israelsdorfer Allee. Fernruf 2394.
Restaurant, Café, Konditorei.

Trocadero Fernruf 787. Schüsselbuden 4. Täglich ab 8 Uhr. Weberus-Konzerte.
Sonntags 5 Uhr.

Fledermaus Täglich Anfang 8.30 Uhr. Sonntag und Feiertag 4 Uhr. Vorstellung
und Tanz. 1. Etage! Sehenswerte Bar. Stimmung. Humor.

**Wo kauft der Arbeiter Lübecks seine Lebens-
mittel?** Bei Paul Burmester Jr., Holstenstraße 24.

Schuhwarenhaus W. Blumenthal Kohlmarkt 1.
Sandstraße 2-4.

Uhren-Voss Breite Straße 36. Holstenstraße 2. Fernsprecher 8993.

Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.

Hamburg				Büchen				Eutin				Travemünde			
Lübeck	Lauenburg	Lübeck	Lübeck	Lübeck	Büchen	Lübeck	Lübeck	Lübeck	Lübeck	Lübeck	Lübeck	Lübeck	Travemünde	Kiendorf	
5:45	7:30	5:30	7:05	8:00	9:15	6:34	7:45	7:15	8:32	6:15	7:22	5:25	6:01	6:22	
7:40	8:50	7:00	8:44	1:30	2:45	11:45	1:00	9:47*	10:45	8:28	9:15	8:15	9:00	10:31	
7:47	9:21	8:20	9:21	4:15*	5:30	1:20	1:20	12:13	1:09	12:24*	1:21	9:45	10:11	10:31	
9:20	10:26	8:40	9:37	5:30	6:32	3:27	4:42	1:42	2:26	2:36	3:58	2:07	2:47	3:11	
11:08	12:26	8:40	9:37	9:35	10:35	7:22	8:40	1:42	2:26	2:36	3:58	6:30	7:30	7:51	
1:26	2:56	10:17	11:54	* D. Fernverkehrs- und Schnellzug				2:00	2:56	7:44	8:54	6:30	7:30	7:51	
3:44	5:02	12:22	1:56	Kleinen				7:38	8:51	8:06	9:16	6:30	7:30	7:51	
4:17	5:35	3:36	5:13	Lübeck	Lübeck	Lübeck	Lübeck	Segeberg				Kiendorf	Travemünde	Lübeck	
7:15	8:20	5:15	6:41	Lübeck	Lübeck	Lübeck	Lübeck	Lübeck	Lübeck	Lübeck	Lübeck	ab	Stad ab	Stadt ab	
7:22	9:00	6:30	7:38	7:15	8:30	5:52	7:26	7:00	8:47	5:45	7:06	11:04	10:55	10:55	
8:20	9:15	6:30	7:38	9:25	10:35	8:21	9:30	7:00	8:47	5:45	7:06	3:36	4:18	5:00	
9:20	10:47	7:28	9:05	9:25	10:40	9:02	10:57	9:00	10:35	10:52	11:56	8:12	8:30	9:10	
9:25	11:17	9:00	10:38	12:32	1:44	1:54	3:36	2:10	3:38	10:57	11:56				
		11:40	1:12	5:24	7:08	7:05	8:12	7:30	8:51	4:15	6:36				
				9:25	11:04	7:17	9:12	5:45	7:06						

Markmann & Meyer Das bekannte Haus für vorteilhafte Einkäufe.
Markthalleingang Breite Straße.

H. E. Koch Möbelhäuser Ausstellungsräume. — Fernruf 1050.
Inh.: Carl Peters & Rudolf Neek. **Marlesgrube 45, 40.**

Georg Petersen Hützstraße 19. Manufaktur-, Weiß-, Woll- und Kurzwaren.

Walter Büttner Fernruf 1124. Fleischhauerstraße 42. Rohprodukte, Eisen- und
Metalle en gros.

Auto-Eschen Fernruf 1894.

Possehl's Kohlenhandel
Abteilung Beckergrube Abteilung Mühlenstr. 52
Fernspr. 8330-8333. Fernspr. 8720-8723.
Koks • Kohlen • Briketts
Alleinvertrieb des Lübecker Gaskoks.

Max Boye Holz-, Kohlen- und Holz-
kohlen-Lager. Täglicher
Platzverkauf: Falkenstraße. Telefon 8441.

Adolf Bergfeld, Lübeck Inhaber Hermann Kubli.
Oelen, Herde, Grudeherde, Gaskocher Größte Auswahl bei
günstigsten Preisen.

Spanelli
Milch-Schokolade
Schweizer Art

Restaurant Zum Stadtpark
Sonntags Familienkränzchen.

Lebensmittel und Drogen
L. Doerer Fernruf 8915. Kömestr. 75.
Kaffeegroßrösterei und
Kolonialwaren.

Reserviert für
J. G. Nederegger Marzipan.

Dampfbäckerei „Hansa“ Lübeck
J. C. D. Junge & Co. Verkaufsstellen überall.

Hansa-Meierei Fackenburg Allee
59a und b.
Fernruf 281/557.

Postdoker Butterhandlung
Inh. Robert u. Dora Gündel. F. 2064. Beckergrube 9.

Th. Storm Nachf. Inh. Chr. Stakelbeck
Fernruf 473. Königstraße 98. Spezial-Butter-
und Margarinehandlung. Groß- und Kleinhandel

Aland Bock- u. Bierwurst.
Friedrich Helm Wurstfabrik.
Fleischhauerstraße 54.

Ahrbergs Bockwurst u. Würstchen
W. Sander. Fernruf 8121. Markt 8.

Fischversandhaus „Möwe“. Alfr. Beßmann
& Co., Lübeck. Fernruf 1352. Kl. Burgstraße 6.
Tel.: Beßmann Kleineburgstr. Großh. i. Fischkons.

Heinrich Primm Fernruf 651.
Wahmstr. 21.
Spezialgesch. in lebend. Fischen u. Räucherwaren.

Ludw. Buch Fernruf 3784.
Breite Straße 36.
Spezialgeschäft feiner Delikatessen.

C. Klein Fernruf 1727. Pfaffenstraße 4.
Delikatessen — Fettwaren.

O. Schröder, Balauerlohr 17, Spezialgesch.
für Herren- u. Damenkleidung, sowie Schuhwaren

Reserviert für
Janssen Delikatessen Beckergrube 7.

Spethmann & Fischer Kartoffeln,
Frucht,
Gemüse. Fernruf 102. Beckergrube 59

Fr. R. Muuß Günstiger Einkauf von
Lebensmitteln. Alfstraße 25

C. F. Alm Holstenstraße 12. Fernruf 800.
Farben, Drogen, Chemikalien.

Diana-Drogerie Paul Stammer. F. 8644.
Glandorpstr. 1. Farben, Verbandstoffe, Toiletteart.

Ferd. Kayser Drogerie.
Breite Straße 81.

**Lübecker Central-
Drogeriefabrik**
R. Spangenberg, Linden-
straße 20/22.

Fr. Weingärtner
Nachf., Johannisstr. 3
Konfitüren, Delikatessen

Ed. Teuteberg
Lederhandlung.
Untertrave 67.

Auguste Popp Schuhwarenhaus.
Erstklassige Fabrikate. Führende Marken.

Friedrich Baurenteind
Schuhwaren. Fernruf 1365. Mühlenstraße 34.

Willh. Ewert, Schuhwaren. Untertrave 3.
Gut sortiertes Lager und Reparaturwerkstatt.

Chr. Rebien Schwöbenkenquerstraße 2b.
Schuhe. Maßanfertigung. Reparaturwerkstätte.

Karl Brandt, Schuhwaren.
Maßgeschäft. Reparaturwerkstätte. Balauerlohr 4.

B. Dittmer, Fünfhausen 7. Schuhreparatur-
werkstätte. Maßanfertigung.

Carl Hans Kühl Fernruf 2988.
Mühlenstraße 42.
Leder- und Schuhmacherbedarfsartikel-Handlung.

Alexander Krock, Königsstr. 47.
b. d. Johannisstr.
Spezialgeschäft in Lederwaren u. Reiseartikeln.



F. Fränkel
Breite Straße 35 und
Holstenstraße 4.
Billigste Bezugs-
quelle in echten
Lederwaren, Koffern
und Reiseartikeln.